



Liebe Leserin, lieber Leser

In unserem Land ist der Stellenwert der Sicherheitspolitik bekanntlich nicht besonders hoch. Diskussionen über die Armee finden – wenn überhaupt – auf bedenklich tiefem Niveau statt. Meist werden sie angeheizt durch Vorkommnisse im Berichts-Stil wie

«Unglücksfälle und Verbrechen». Diese Ereignisse werden dann auf allen medialen Plattformen genüsslich kommentiert, «geliket» und weiterverbreitet.

Der Informationsstand über Sicherheitspolitik und Armee ist bei grossen Teilen der Bevölkerung bedenklich tief, und das wirkt sich natürlich auch auf die Politik aus. Nach der Zustimmung zur Weiterentwicklung der Armee (WEA) wenden sich viele Politiker vom Thema Sicherheit wieder ab, und die Nachhaltigkeit der Finanzentscheide für die WEA könnte in der aktuellen Herbstsession wieder ins Wanken geraten. Nur die Mitglieder der Sicherheitspolitischen Kommissionen dürften wirklich gut informiert sein und sich der Konsequenzen von neuen finanzpolitischen Grabenkämpfen um die Sicherheit bewusst sein.

Diese Feststellungen bedeuten einen absoluten Kontrast gegenüber einer historisch hohen Zustimmung zur Armee in der Bevölkerung von über 80% (Studie «Sicherheit 2017» ETH/MILAK).

Sie sind aber auch ein Kontrast zur weltpolitischen Lage im Allgemeinen und der Bedrohungslage um die Koreanische Halbinsel im Besonderen. Das beängstigende nukleare Säbelrasseln und das Hochschaukeln der gegenseitigen Drohungen lassen eine diplomatische Lösung des Konflikts ohne Gesichtsverlust fast nicht mehr zu.

Dabei zeigen schon die Ereignisse in und um Europa klar auf, dass es nötig ist, der Bevölkerung zu erklären, warum es eine Armee braucht und wie diese ausgerüstet sein muss. Die Gunst der Stunde ist zu nutzen, um die Anforderungen an eine echte Sicherheitspolitik und deren Instrumente aufzuzeigen und zu begründen.

Diese Chance ist zu nutzen, auch wenn die gesellschaftliche Entwicklung solche Diskussionen zunehmend erschwert. Unser Zusammenleben hat sich durch Individualisierung und verändertes Kommunikationsverhalten verändert, wir ziehen eine 24-Stunden Spassgesellschaft einem Engagement zugunsten der Allgemeinheit vor. Der wirtschaftliche Druck bremst die Initiative, sich einzubringen und das mangelnde Verständnis internationaler Unternehmungen trägt auch das Seine dazu bei, dass immer weniger Mitbürgerinnen und Mitbürger Milizfunktionen (nicht nur in der Armee) übernehmen.

Truppenverlegungen der NATO ins Baltikum und nach Polen aufgrund der Unwägbarkeiten von Russlands Verhalten, Risiken und Gefahren von Migration, Cyber-Kriminalität und organisierter Kriminalität und nun noch die offenen Drohungen, Atomwaffen einzusetzen, sollten uns spätestens jetzt klar machen,

wie sehr sich die Zeiten geändert haben.

Das Wissen um die Verletzlichkeit unserer Sicherheit muss geschärft werden. Es muss wieder eine breite sicherheitspolitische Diskussion stattfinden. Diese muss aufzeigen, dass die WEA als ein erster Schritt nun mit

«Das Wissen um die Verletzlichkeit unserer Sicherheit muss geschärft werden. Es muss wieder eine breite sicherheitspolitische Diskussion stattfinden.»

allen Konsequenzen umzusetzen ist, um eine Ausgangslage für eine umfassende Sicherheitspolitik zu gewährleisten. Eine Politik, die auf einem aktuellen sicherheitspolitischen Bericht basiert und die nötigen Mittel bereitstellt, die Armee auch für die nächsten Jahrzehnte fit zu machen. Das Startkapital von fünf Mrd. CHF pro Jahr ist ein Fortschritt, aber dieser Betrag reicht nicht aus, wenn ab dem Jahr 2020 eine glaubwürdige Luftverteidigung und die Erneuerung der Hauptsysteme des Heeres zu finanzieren sind.

Wir müssen alles daran setzen, dass die Mittel für Sicherheit und Armee nachhaltig und langfristig gesichert werden und dass das Bewusstsein um unsere Sicherheit wieder zum Allgemeinwissen wird.

Andreas Bölsterli, Chefredaktor
andreas.boelsterli@asmz.ch